



Presseschau vom 02.02.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Valentin Raskatov: Kampf gegen Corona macht Psyche krank: Jeder Dritte leidet an Angststörung oder Depression

Nicht nur infolge einer Corona-Infektion trägt die Psyche zuweilen Schäden davon. Von Ängsten und Depressionen leiden massenhaft Menschen ohne vorherige Covid-19-Erkrankung. Eine Studie aus Singapur zeigt die besonders gefährdeten Gruppen.

<https://snanews.de/20210201/corona-kampf-psyche-gefahr-749587.html>

de.rt.com: BPK: Regierungssprecherin verurteilt Polizeigewalt – aber nur in Russland

Auf der aktuellen Bundespressekonferenz hat Vize-Regierungssprecherin Martina Fietz in scharfen Worten die Freilassung angeblich noch in Haft befindlicher russischer Demonstranten gefordert. Konkrete Informationen und Zahlen lieferte sie aber nicht.

<https://kurz.rt.com/2evi>

Susan Bonath: Todesfälle im Corona-Jahr 2020: Kein Grund zur Panik

Laut nunmehr bekannten vorläufigen Daten starben 2020 gut 48.000 Menschen mehr als im Durchschnitt der vier Vorjahre. Das Plus an Toten ist ausnahmslos der ältesten Bevölkerungsgruppe zuzuordnen. Trotzdem kann man im Jahresvergleich nicht von einer Übersterblichkeit reden. ...

<https://kurz.rt.com/2evn>

Murad Gasdijew: "Aktive Arbeit mit Opposition": FSB-Video zeigt Nawalny-Mitstreiter mit britischem Diplomaten

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat ein Video eines Treffens eines Mitarbeiters Alexei Nawalyns mit einem britischen Botschaftsmitarbeiter veröffentlicht. Die darin fallenden Aussagen legen einen beidseitigen Willen zur Zusammenarbeit nahe. ...

<https://kurz.rt.com/2eve>

Ilona Pfeffer: „Im Mark verrottet“ – Dirk Pohlmann über die Online-Enzyklopädie Wikipedia

Das Gerichtsurteil gegen den Wikipedia-Autor „Feliks“ kann als kleiner Sieg gewertet werden, doch die Online-Enzyklopädie hat ein tiefgreifendes strukturelles Problem. Im Kampf um die Deutungshoheit bestimmen einige wenige Autoren den Diskurs, oft mit Falschbehauptungen und Verleumdungen. ...

<https://snanews.de/20210202/pohlmann-wikipedia-757085.html>

abends/nachts:

de.rt.com: Ex-Premierminister: Russland könnte sich vom "US-gesteuerten" globalen Internet trennen

Das Internet stellt eine neue Grenze in den Konflikten zwischen Russland und dem Westen dar. Laut dem ehemaligen russischen Regierungschef Dmitri Medwedew hat Moskau Backup-Pläne, um das Internet unter bestimmten, außergewöhnlichen Voraussetzungen abzuschalten. Der ehemalige russische Premierminister Dmitri Medwedew, heute stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, hat am Montag gegenüber lokalen Medien erklärt, dass Russland als drastisches letztes Mittel den Zugang zu Servern jenseits seiner Grenzen abschneiden könnte. Aufgrund der aktuellen Netzarchitektur würden die wichtigsten Berechtigungen über die Kontrolle des World Wide Web in den USA liegen. Medwedew fügte hinzu:

"Wenn also etwas Außergewöhnliches passiert, wenn jemand überreagiert, könnte das passieren. Das liegt daran, dass die Schlüssel zu dieser Truhe auf der anderen Seite des Ozeans liegen."

"Natürlich haben wir einen Plan, wie wir in einer solchen Situation handeln können."

In den vergangenen Jahren hat Russland erhebliche Investitionen in die Entwicklung seiner heimischen Online-Infrastruktur getätigt. Medwedew verwies auf Regelungen, die es Moskau erlauben würden, das Internet auf seine eigenen autonomen Netzwerke zu beschränken. Der Politiker betonte jedoch, dass es sich bei diesen Plänen um Eventualitäten handle und dass sich Russland tatsächlich nicht von der digitalen Welt abschotten wolle.

Er argumentierte jedoch, "da das Internet nun an die Verwaltung des gesamten Staates und an eine große Anzahl von sozialen Funktionen gebunden ist", könne man es nicht ohne Kontrolle lassen. Er fuhr fort: "Deshalb gibt es ein entsprechendes Gesetz, und wenn es nötig ist, wird es auch in Kraft treten."

Medwedew deutete zudem an, dass über eine Reihe von im Ausland befindlicher Webseiten ein digitaler Stellvertreterkrieg gegen Moskau geführt wird. Er sagte jedoch, dass das Land über ausreichend Maßnahmen verfüge, um den Zugang zu Informationen aufrechtzuerhalten, falls Social Media Unternehmen Inhalte aus Russland zensieren oder verbieten sollten. Er fügte hinzu: "Wenn sie eine offensichtlich unfreundliche Position gegenüber unserem Land einnehmen, dann haben wir die Möglichkeit, dies zu beeinflussen."

Zensur in den sozialen Medien hat in Moskau bereits für Aufregung gesorgt. Im Januar äußerte sich das russische Außenministerium besorgt über die Entscheidung von Social Media Plattformen wie Twitter, Facebook und Instagram, die Konten des damaligen US-Präsidenten

Donald Trump zu sperren oder zu suspendieren. Die Pressesprecherin des Ministeriums Maria Sacharowa erklärte hierzu, dass der Schritt "mit einer nuklearen Explosion im Cyberspace" zu vergleichen sei:

Dies war ein Angriff auf die demokratischen Werte, zu denen sich der Westen bekennt."

Im Dezember 2019 machte Russland weltweit Schlagzeilen, nachdem es sein autarkes Online-Netzwerk erfolgreich getestet hatte. Der Dienst Souveränes Internet, der sich nur auf Server im Land stützt, wird im Falle ausländischer Hackerangriffe oder eines militärischen Konflikts zum Einsatz kommen. Damals betonte der russische Präsident Wladimir Putin, dass "ein freies Internet und ein souveränes Internet keine sich gegenseitig ausschließenden Konzepte sind". Das Gesetz zielt ausschließlich auf eine Vermeidung negativer Folgen ab, falls Russland vom globalen Netz abgeschnitten wird, dessen Kontrolle vor allem im Ausland liegt. Putin hob damals hervor, dass Russland sich nicht auf eine Abschaltung des Internets zubewege und dies auch nicht anstrebe.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6017f7eb48fbef1a8678ee1f.jpg>

snanews.de: **UN-Sicherheitsrat will zu Myanmar beraten – und meldet fehlenden Kontakt zu „Gesprächspartnern“**

Der UN-Sicherheitsrat will am Dienstagvormittag (Ortszeit) in New York über die Lage nach dem Putsch in Myanmar beraten. Zugleich gab ein Sprecher Schwierigkeiten beim Kontakt mit der Hauptstadt Myanmars bekannt.

Das Treffen wird nach Diplomatenangaben hinter verschlossenen Türen stattfinden. Es war zunächst unklar, ob das mächtigste UN-Gremium sich auf eine gemeinsame Haltung zu dem Konflikt einigen kann. Eine Diplomatin sah aber eine reelle Chance auf eine Stellungnahme des oft tief gespaltenen Rates.

UN-Sprecher Stéphane Dujarric sagte am Montag, dass die Vereinten Nationen zunächst keinen Kontakt zu „Gesprächspartnern“ in dem asiatischen Land aufbauen konnten: „Die Kommunikation mit der Hauptstadt Myanmars ist zu diesem Zeitpunkt sehr schwierig.“

Der UN-Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte in Myanmar, Tom Andrews, forderte „starke Sanktionen“ wie ein Waffenembargo für das Land.

Putsch in Myanmar

Das Militär hatte die faktische Regierungschefin Aung San Suu Kyi in der Nacht zum Montag entmachtet und sich zurück an die Macht geputscht. Es kam zu zahlreichen Festnahmen ranghoher Politiker, darunter Suu Kyi selbst sowie Staatspräsident Win Myint. Das UN-Menschenrechtsbüro sprach von mindestens 45 Festnahmen.

Der frühere General und bisherige Vize-Präsident Myint Swe fungiere nun als Übergangsoberhaupt, hieß es. Die eigentliche Macht soll aber Armeechef Min Aung Hlaing haben, der während des für die Dauer eines Jahres ausgerufenen Notstands die oberste Befehlsgewalt innehat.

Auf den Straßen der Hauptstadt Naypyidaw und der größten Stadt Yangon patrouillierten am Montag Soldaten. Telefonleitungen und das Internet in Naypyidaw wurden Berichten zufolge gekappt. Berichte über gewaltsame Zwischenfälle gab es zunächst nicht.

Aung San Suu Kyi, die wohl bekannteste politische Figur in Myanmar, die jahrelang unter Hausarrest gestellt wurde, kam 2015 an die Macht, als ihre Partei NLD die Wahlen gewann. Obwohl sie im eigenen Land sehr beliebt ist, geriet sie seit ihrem Machtantritt auch unter Kritik wegen der staatlichen Diskriminierung der Rohingya und ihres Schweigens zur Gewalt gegen die muslimische Minderheit.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/15/610292_0:26:1920:1106_1440x0_80_0_0_58fd2dc39b375eef44a77b095f939027.jpg

de.rt.com: **Politologe Sergijenko zu Protesten in Russland: Es ist eine neue Art psychologischer Kriegführung**

In Russland fanden das zweite Wochenende in Folge nicht genehmigte Demonstrationen für Alexei Nawalny statt. Auslöser waren dessen 30-tägiger Arrest nach seiner Rückkehr aus Deutschland und ein von seinem Team veröffentlichtes Video über den angeblichen Palast Wladimir Putins.

RT DE sprach dem russischen Politologen und Publizisten Wladimir Sergijenko über die Protestwelle und bat ihn um seine Einschätzung:

"Derzeit läuft eine Testphase – ein Drehbuch, nach dem in bestimmten Momenten bestimmte Dinge gemacht werden. Die Proteste in Russland sind nur ein Teil in diesem ganzen Drehbuch."

Im Film über den vermeintlichen Palast Putins erkennt der Politologe zugleich viele psychologische Tricks, die als Test dienen sollen. Dahinter stecke ein Testmodell, mit dem Facebook, Twitter und andere Akteure im Internet feststellen können, wie viele Personen auf den Film anspringen, wie viele Personen derzeit mobilisierbar sind in Russland. Es läuft eine sozialwissenschaftliche Studie – aber wer sind die Auftraggeber? Welche Rolle spielt Nawalny? Welche Rolle spielen westliche Geheimdienste – wie zum Beispiel auch der Bundesnachrichtendienst – in diesem Testszenario?

"Wer hat sich diesen Test so psychologisch raffiniert ausgedacht? Dahinter muss ein Team stecken, das sich auskennt in der Manipulation einer Bevölkerung."

<iframe width="866" height="487" src="https://www.youtube.com/embed/B6WTjt5uOwk" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/B6WTjt5uOwk>

vormittags:

de.rt.com: Ex-US-Geheimdienstchef: China klatete private Daten von 80 Prozent aller erwachsenen US-Amerikaner

Der Präsident in den USA ist ein anderer – das Feindbild China bleibt indes das alte. In einem Interview mit dem "CBS"-Magazin "60 Minutes" zeichnet der Ex-Chef der US-Spionageabwehr ein bedrohliches China-Szenario, wie es Hollywood nicht dramatischer hinkriegen würde.

In einem Interview mit der CBS-Sendung 60 Minutes entwirft der ehemalige, seinerzeit von Präsident Donald Trump vorgeschlagene, Ex-Chef der US-Spionageabwehr, William Evanina, ein Bedrohungsszenario durch China, das jedem Science-Fiction-Drehbuch aus Hollywood zur Ehre gereichen würde.

Die chinesische Regierung habe die persönlichen Daten von nicht weniger als 80 Prozent aller erwachsenen US-Amerikaner geklaut, so Evanina in der Sendung. Auf die Frage des CBS-Journalisten Jon Wertheim, wie hoch die Wahrscheinlichkeit sei, dass er und Evanina von "China gehackt worden seien", antwortete Evanina mit "110 Prozent".

Dabei ging es in der Sendung zunächst um ein viel größeres Thema – die mögliche Abhängigkeit des US-Gesundheitssystems von China, respektive, chinesischen Unternehmen. Analog zu der Diskussion in der 5G-Technologie sieht Evanina, und der ebenfalls in die Sendung eingeladene leitende FBI-Agent Edward You, in den Bemühungen von chinesischen Unternehmen in dem US-Markt Fuß zu fassen, eine Art "Trojanisches Pferd".

Der offizielle Titel von You beim FBI ist "Leitender Spezial Agent in der Abteilung für Massenvernichtungswaffen des FBI Direktorats, Einheit für biologische Gegenmaßnahmen". Laut den beiden US-Beamten geht es China vor allem darum, an die DNA von US-Bürgern zu kommen und so zum Beispiel maßgeschneiderte Medikamente und Behandlungen anbieten zu können. Dazu You:

"Was passiert, wenn wir erkennen, dass alle unsere zukünftigen Medikamente, unsere zukünftigen Impfstoffe, unsere zukünftige Gesundheitsversorgung komplett von einer ausländischen Quelle abhängig sind? Wenn wir nicht aufwachen, werden wir eines Tages feststellen, dass wir gerade zu Crack-Süchtigen im Gesundheitswesen geworden sind und jemand wie China unser Dealer geworden ist."

Die beiden Beamten führen ein Beispiel an, das belegen soll, wie China versuche, an die DNA der US-Amerikaner zu kommen. So habe die chinesische Firma BGI Group zu Beginn der Corona-Krise in den USA Washington und fünf weiteren Bundesstaaten angeboten, hochmoderne Coronavirus-Testlabore zu bauen und zu betreiben. Die chinesische Firma habe auch versprochen, "technisches Know-how, so zum Beispiel Hochdurchsatz-Sequenzierung zur Verfügung zu stellen", und sogar "Spenden an die Staaten" zu tätigen.

"Ruchlose Denkweise Chinas"

Doch hinter dem Angebot der Firma verberge sich in Wahrheit der chinesische Staat, so Evanina. Es handle sich bei der BGI Group um "die ultimative Firma, die Verbindungen sowohl zum kommunistischen Staat als auch zum Militärapparat aufweise". BGI komme in die USA mit Geschenken, habe aber ganz andere Motive. Die Firma sei ein "ein Weg, um Fuß zu fassen, ihre Ausrüstung hierher zu bringen, mit dem Mining Ihrer Daten zu beginnen und sich in Ihrer Nachbarschaft niederzulassen."

Er sei wegen des Angebots so besorgt gewesen, so Evanina, dass er noch während seiner Amtszeit eine seltene öffentliche Warnung autorisiert habe: "Ausländische Mächte können biometrische Informationen aus COVID-19-Tests sammeln, speichern und ausnutzen." Sein Verdacht: Von verschiedenen Technologien gesammelte Informationen könnten, wenn sie mit den Biodaten einer Person kombiniert würden, dazu verwendet werden, Ärzte in den USA zu umgehen und chinesischen Unternehmen zu helfen, ein Monopol auf Behandlungen und

Medikamente zu schaffen. China wende schon jetzt "weniger als ehrenhafte" Methoden an, um an Daten aus dem Ausland zu kommen, einschließlich des Hackens von Gesundheitsunternehmen, um persönliche Daten der US-Amerikaner zu sammeln, so der Ex-Geheimdienstler.

Die Angebote der chinesischen Firma BGI zeigten lediglich "die ruchlose Denkweise der Kommunistischen Partei Chinas, die eine weltweite Krise wie COVID auszunutzen wolle". Wer im Laufe der CBS-Sendung indes auf eine Frage des Journalisten Wertheim gehofft hatte, ob es denn Belege für diese Unterstellungen gäbe, und wenn ja, welche, wurde enttäuscht. So bleibt es trotz dem Wechsel im Weißen Haus offenbar bei derselben Strategie gegenüber dem Reich der Mitte.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/601808f6b480cc56d579b577.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. Februar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Rückkehr zum Atomabkommen: Iran spricht sich für EU-Vermittlungsrolle aus**

Der iranische Außenminister Dschawad Sarif hat sich gegenüber dem TV-Sender CNN dafür ausgesprochen, dass die Europäische Union im Streit um das internationale Atomabkommen eine Vermittlerrolle übernimmt.

„(...) Es kann einen Mechanismus geben, mit dem grundsätzlich das aufeinander abgestimmt oder koordiniert wird, was unternommen werden kann“, so Sarif.

Ferner äußerte er, dass der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, eine Rolle in seiner Position des Koordinators des Abkommens von 2015 spielen sollte.

Laut Sarif könnte Borrell die Schritte abstimmen, die von seinem Land und den USA unternommen werden müssten.

„Die USA müssen zur Vereinbarung zurückkehren und der Iran wird bereit sein, sofort zu antworten. Das Timing ist kein Problem.“

2015 einigten sich die UN-Vetomächte USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien sowie Deutschland und der Iran in Wien auf ein Abkommen, das Teheran eine friedliche Nutzung der Kernkraft gestattet, aber die Entwicklung von Kernwaffen verwehrt. Darin verpflichtete sich der Iran, sein Atomprogramm herunterzufahren, im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden.

Der amerikanische Außenminister, Antony Blinken, hatte zuvor gesagt, dass die USA zu der Vereinbarung zurückkehren würden, falls Teheran sich wieder an alle Bedingungen des Abkommens halten würde.

Im Mai 2018 stiegen die USA einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Daraufhin kündigte der Iran eine etappenweise Abkehr von seinen Verpflichtungen ab 2019 an.

Außerdem verabschiedete das iranische Parlament im November ein Gesetz, das das Land dazu berechtigt, die Inspektion seiner Nuklearanlagen durch die IAEA zu stoppen und die Urananreicherung über die im Atomabkommen von 2015 festgelegte Grenze hinaus zu steigern, sollten die Vereinigten Staaten ihre Sanktionen nicht lockern.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/02/753197_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_71ac0760494a1e7fe38c9fb562168054.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. Februar 3:00 Uhr bis 2. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:
Richtung Donezk: Unterlaufgranatwerfer – einmal (2 Granaten); großkalibrige Maschinengewehre – einmal.

Richtung Mariupol: Schützenpanzer/Schützenpanzerwagen – einmal (2 Schüsse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:
Alexandrowka, Mineralnoje, Leninskoje.

Um 13:20 Uhr wurden im Gebiet von Wodjanoje vier Detonationen bei der Durchführung technischer Arbeiten festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 4.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: Biden droht Myanmar nach Militärputsch mit Sanktionen

Nach dem Militärputsch in Myanmar hat der neue US-Präsident Joe Biden Sanktionen angedroht. Dies geht aus seiner Erklärung zur Situation im südostasiatischen Land hervor, die das Weiße Haus veröffentlicht hat.

Biden bezeichnete die Machtergreifung durch das Militär in Myanmar, die Inhaftierung von Aung San Suu Kyi und anderen zivilen Amtsträgern sowie die Ausrufung des nationalen Notstandes als „einen direkten Angriff auf den Übergang des Landes zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“.

Die Vereinigten Staaten hätten im vergangenen Jahrzehnt die Sanktionen gegen Burma (der

ehemalige Name des Landes – Anm. d. Red.) aufgrund des Fortschritts in Richtung Demokratie aufgehoben. Die Umkehr dieses Fortschritts werde eine sofortige Überprüfung der US-Sanktionsgesetze und -Behörden erfordern, so Biden. „Entsprechende Maßnahmen“ würden folgen.

Die internationale Gemeinschaft sollte „mit einer Stimme“ zusammenkommen, um das burmesische Militär dazu zu zwingen, sich von der ergriffenen Macht umgehend loszusagen, die inhaftierten Aktivisten und Funktionäre freizulassen, alle Einschränkungen der Telekommunikation aufzuheben und Gewalt gegen Zivilisten zu unterlassen.

Wir werden mit unseren Partnern in der ganzen Region sowie in der Welt zusammenarbeiten, um die Wiederherstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen und diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für den Sturz des demokratischen Übergangs in Burma verantwortlich sind“, hieß es in der Mitteilung weiter. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/02/753412_0:320:3072:2048_1440x0_80_0_0_f15278d21aaca5b98e8e21352dde743e.jpg

rusvesna.su: **Russland initiierte eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates zum Donbass**

Auf Initiative Russlands wird der UN-Sicherheitsrat am 11. Februar ein Treffen abhalten, das der Lage im Donbass gewidmet ist, namentlich dem sechsten Jahrestag der Unterzeichnung einer Reihe von Maßnahmen zur Umsetzung der Minsker Abkommen (genannt Minsk 2). Dies wurde aus dem angekündigten Programm der Sitzungen des Sicherheitsrates bekannt, dessen Vorsitz Großbritannien im Februar führen wird.

Die britische Ständige Vertreterin bei den Vereinten Nationen, Barbara Woodward, stellte auf einer Pressekonferenz fest, dass sie noch keine Informationen darüber hat, wer den Vereinten Nationen einen Bericht über den Donbass vorlegen wird.

Das Dokument gibt auch das Format des Meetings an: Es ist im offenen Modus als Videokonferenz geplant.

Wie die "Russkaja Wesna" berichtete, fand am 2. Dezember im UN-Sicherheitsrat ein von Russland initiiertes informelles Treffen statt.

Die Reden von Vertretern der DVR und der LVR bei diesem Treffen wurde nicht nur von der Ukraine, sondern auch von den Garanten der Minsker Abkommen - Frankreich und Deutschland – boykottiert.

Darüber hinaus wurde sogar versucht, ihre Sendung zu stören und zu blockieren. Wie die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte, zeigten die französische und die deutsche Seite auf diese Weise ihr wahres Gesicht und ihr Desinteresse an der Lösung des Konflikts im Donbass. ...



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/sovbez_oon_6.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. Februar um 9:00 Uhr 2624 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 2172 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 233 Todesfälle.

snanews.de: **Im Rahmen zweier Verträge: Russland liefert über 300.000 Atemschutzmasken nach Deutschland**

Mehr als 300.000 russische Atemschutzmasken sollen laut dem Industrie- und Handelsministerium Russlands vom Februar bis März nach Deutschland geliefert werden.

„Russische Atemschutzmasken der Gorki-Fabrik in Kimry werden nach Deutschland geliefert“, heißt es in der Mitteilung.

Es handle sich um das Modell Lepestok-40 der Schutzklasse FFP2 ohne Ventil zum Ausatmen.

„Die Gesamtzahl der Atemschutzmasken für deutsche Verbraucher übersteigt 300.000 Stück.“
Im Rahmen zweier Verträge sollen diese im Februar-März 2021 geliefert werden.

Der erste Vertrag wurde für die Lieferung von 170.000 Atemschutzmasken und der zweite für 150.000 unterzeichnet. Im Schreiben heißt es, dass das deutsche Unternehmen plane, die Zusammenarbeit mit dem russischen Hersteller weiter zu entwickeln, darunter womöglich auch im Rahmen des Verkaufs der Kimry-Produktion unter eigener Handelsmarke.

„Das Interesse der europäischen Unternehmen an den Atemschutzmasken und anderen individuellen Schutzmitteln aus russischer Produktion spricht für eine hohe Qualität der von unseren Unternehmen hergestellten Produktion.“

Der Umfang der zwei Verträge mit dem deutschen Besteller liegt demnach bei 130.000 Euro.



https://cdn.snanews.de/img/07e4/0c/16/261466_0:0:1920:1080_1440x0_80_0_0_955976664b0afe3e52a5084bc3528e4c.jpg

Mzdnr.ru: Am 1. Februar wurden in der DVR 505 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 141 positiv, bei 30 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch diagnostiziert.

Am 2. Februar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 20.597 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

7884 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 10.909 als gesund entlassen, es gibt 1804 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 67 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 35 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 56 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1451 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 647 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten 24 Stunden).

snanews.de: **Armenien klagt vor Europäischem Gerichtshof für Menschenrechte gegen Aserbaidshon**

Die armenische Regierung hat eine zwischenstaatliche Klage gegen Aserbaidshon beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingereicht. Die Regierung in Jerewan wirft Baku vor, während der Eskalation des Konflikts in Bergkarabach im Herbst 2020 mehrere Konventionen verletzt zu haben.

„Am 1. Februar 2021 reichte die Regierung der Republik Armenien eine zwischenstaatliche Beschwerde gegen Aserbaidshon beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein, wegen Verstößen gegen die Konventionen, die während und nach dem entfesselten 44-Tage-Krieg begangen worden waren“, heißt es in einer Mitteilung, die auf dem Facebook-Account der Vertretung Armeniens beim EGMR, veröffentlicht wurde. Dies sei die erste zwischenstaatliche Beschwerde, die von Armenien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereicht worden sei.

Insbesondere werfe die armenische Regierung Aserbaidshon vor, das Recht auf Leben, das Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung, das Recht auf Freiheit, das Recht auf Eigentum, das Recht auf Privat- und Familienleben, das Recht auf Bildung sowie eine Reihe anderer Konventionsrechte der Bevölkerung von Bergkarabach und Armenien verletzt zu haben.

Unter anderem habe die Regierung Fragen des Schutzes der Rechte von Kriegsgefangenen, Zivilisten, Gefangenen, Vertriebenen, Verstorbenen und Verwundeten sowie deren Angehörigen aufgeworfen. Es gehe auch um die Personen, die ihr Eigentum verloren hätten, sowie Reporter von lokalen und internationalen Medien. Eine große Menge an Beweisen sei

im Zusammenhang mit der Klage eingereicht worden. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/02/756047_0:152:3100:1896_1440x0_80_0_0_6b91ca0b83601ee4bf38b234151ef6b4.jpg

nachmittags:

deu.belta.by: **Bei Vorbereitung zur AVV wurden alle konstruktiven Gedanken und sinnvollen Initiativen akkumuliert**

Bei der Vorbereitung auf die 6. Allbelarussische Volksversammlung (AVV) wurden alle konstruktiven Gedanken und sinnvollen Initiativen akkumuliert, die von Menschen geäußert wurden. Das erklärte der belarussische Premier, Roman Golowtschenko, im Anschluss an die Besprechung zur Vorbereitung und Durchführung der AVV mit dem Staatschef, wie ein BelTA-Korrespondent bekanntgab.

Auf die Frage, wie sich die Vorbereitung der derzeitigen Versammlung von den vorherigen unterscheidet, wies Roman Golowtschenko auf eine erhebliche Dauer des Prozesses hin. „Die Dauer dieses Prozesses (nicht organisatorisch-technisch, sondern inhaltlich) war die Besonderheit der aktuellen Versammlung“, sagte er.

Ihm zufolge wird die Versammlung den komplexen Prozess der Erörterung einer Reihe von aktuellen Fragen, Problemen und Initiativen zusammenfassen, der zuvor auf den Dialogplattformen begonnen hatte. „Der konstruktive Gedanke des Volkes, die sinnvolle Initiative, die auf die Schöpfung gerichtet ist, wurde für eine lange Zeit auf den Dialogplattformen, öffentlichen Empfängen und während der Aufrufe, Nachrichten, die zum Parlament kommen, auf der Webseite der Versammlung angesammelt. So kristallisierte sich die Masse der Fragen und Vorschläge für die Entwicklung des Landes heraus, die verschiedene gesellschaftliche Gruppen von Menschen betreffen“, sagte Roman Golowtschenko.

Während der Vorbereitungen für die AVV gab es unterschiedliche Einschätzungen, Vorschläge und Meinungen. Sie waren, so der Premier, „ziemlich diversifiziert“. „Es ist wichtig, dass die Menschen, die an diesem Prozess teilgenommen haben, diejenigen sind, die dabei sein wollten, und diejenigen, die sich tatsächlich um die Zukunft unseres Heimatlandes kümmern, die sich Sorgen machen, die die Richtung der Modernisierung, der Entwicklung des Landes sehen. Am wichtigsten ist, dass sie alle eine positive Einstellung haben. Die Menschen haben unterschiedliche Standpunkte, aber das Endziel ist das gleiche - unser Land besser zu machen“, betonte der Regierungschef.

Ihm zufolge wurden die Vorschläge der Bürger gründlich analysiert und gesammelt. Sie werden im Programm der sozioökonomischen Entwicklung des Landes berücksichtigt und

können eine Grundlage für die endgültigen Dokumente der AVV werden.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1612263190_55559_big.jpg

ukrinform.de: **Ukraine beschließt Sanktionen gegen Nicaragua**

Das ukrainische Parlament hat einen Beschluss des Rates für Nationale Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (RNBO) über die Sanktionen gegen Nicaragua bestätigt.

Für eine entsprechende Resolution über sektorale wirtschaftliche Sanktionen und andere Einschränkungmaßnahmen gegen das Land stimmten 322 von 226 notwendigen Abgeordneten des Parlaments.

Wie der Sekretär des RNBO, Olexij Danilow, erklärte, eröffnete Nicaragua am 10. Februar 2020 ein Honorarkonsulat auf der Krim. Zum Honorarkonsul wurde ihm zufolge Oleg Belawenzew ernannt, der in der Ukraine wegen der Teilnahme an der Besetzung der Halbinsel zu 13 Jahren Haftstrafe verurteilt wurde.

Nach Worten von Danilow reagierte Nicaragua auf Verwarnungen und Protestnoten nicht. Die Sanktionen werden in einem entsprechenden Erlass des Präsidenten der Ukraine aufgelistet. Der Erlass wurde auf der Webseite des Staatschefs noch nicht veröffentlicht.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_02/thumb_files/630_360_1612256281-5666.jpeg

dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat am Geburtstag des Helden der DVR Arsen Pawlow (Motorola) Blumen an seinem Grab in der Allee der Helden auf dem Friedhof „Donezkoje morje“ niedergelegt.

„Arsen ist es gelungen, sehr viel zu tun – Soldaten mit sich an die gefährlichsten Abschnitte der Gefechte mit dem Gegner zu bringen, furchtlos das Bataillon „Sparta“ zu kommandieren, den Rang eines Helden der DVR zu erhalten und schon zu Lebzeiten eine Legende zu werden. Der Gegner konnte ihm auf dem Kampffeld nicht besiegen, aber fürchtete sich so, dass sie ihm das Leben durch einen hinterhältigen Terrorakt nahmen“, sagte Denis Puschlin.

Er unterstrich, dass die Erinnerung an den Mut, mit dem Motorola die DVR verteidigte, für immer im Gedächtnis der Einwohner der Republik bleiben wird.

Das Staatsoberhaupt legte auch Blumen an den Gräbern anderer Verteidiger der DVR, die in der Allee der Helden begraben sind, nieder, darunter Michail Tolstych (Giwi) und Wjatschewslaw Donezko.

Arsen Pawlow wurde am 2. Februar 1983 in Uchta in der Republik Komi der RF geboren. Lange Zeit lebte er in Rostow am Don. Ganz zu Beginn des Konflikts im Donbass führte er die Einheit der Miliz „Sparta“. Er war an den Kämpfen um Slawjansk, Ilowajsk, den Donezker Flughafen beteiligt. Er ist Held der DVR. ER starb am 16. Oktober in der Folge einer Explosion am Zugang zu seinem Haus in Donezk. Die Explosion wurde als Terrorakt bewertet.

snanews.de: **Nawalny vor Gericht: Etwa 20 Botschaftsmitarbeiter sind mit dabei**

Im Moskauer Gericht, das am Dienstag entscheiden soll, ob die Bewährungsstrafe des russischen Bloggers Alexej Nawalny in eine Haftstrafe umgewandelt wird, sind etwa 20 Mitarbeiter von Botschaften unterschiedlicher Länder eingetroffen.

Russischen Medienberichten zufolge sollen sich im Gebäude Vertreter der Botschaft der Schweiz, Lettlands, Bulgariens, Polens und Österreichs wie auch etwa 80 Mitarbeiter von ausländischen und russischen Medien versammelt haben.

Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, äußerte sich zu der Präsenz der ausländischen Diplomaten wie folgt.

„Es steht ihnen frei, im Rahmen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen zu handeln. Aber nicht außerhalb dieses Übereinkommens, und natürlich sollten sich Diplomaten in keiner Weise in innere Angelegenheiten Russlands einmischen und umso weniger Handlungen zulassen, die zumindest mit Versuchen einer Druckausübung auf das unabhängige Gericht assoziiert werden können.“

Mitte Januar war Nawalny gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland am Moskauer Flughafen Scheremetjewo festgenommen und in eine Polizeiwache im Moskauer Vorort Chimki gebracht worden. Danach wurde er von einem russischen Gericht zu 30 Tagen Haft verurteilt.

Hintergrund

2014 war Nawalny zu drei Jahren und sechs Monaten Haft und einer Strafe von 500.000 Rubel wegen Betrugshandlungen und Legalisierung von kriminell erworbenen Geldmitteln (im Fall „Yves Rocher“) verurteilt worden.

Das Gericht entschied, die Haftstrafe in eine fünfjährige Bewährungsstrafe umzuwandeln. Später verlängerte das Gericht diese Strafe um ein weiteres Jahr. Nawalny musste dabei zweimal pro Monat an bestimmten Tagen bei der Strafvollzugsinspektion erscheinen.

Für die Zeit seiner medizinischen Behandlung in Deutschland wurde diese Pflicht aufgehoben. Im Oktober 2020 wurde bekannt, dass der Patient am 23. September aus der Klinik entlassen worden war. Nawalny gab laut der Behörde keine objektiven Gründe für sein Fernbleiben bei der Inspektion an. Ende Dezember schrieb die Behörde den russischen Blogger daher zur Fahndung aus.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/02/756723_0:273:1841:1309_1440x0_80_0_0_2d87fb1a8ac104f60fdd91e4761906b2.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 2. Februar 2021

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **viermal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt**.

So haben Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade der BFU in **Richtung Donezk** im Gebiet von Marjinka das Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren in Richtung **Alexandrowka** eröffnet.

Die Besatzer der 72. mechanisierten Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Awdejewka zwei Granaten mit einem Unterlaufgranatwerfer auf **Mineralnoje** abgefeuert. In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit Schützenpanzerwaffen beschossen. Dort haben Kämpfer der 36. Brigade auch in Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen **Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Positionen** durchgeführt. Unsere Verteidiger sind auf die Provokationen des Gegners nicht eingegangen, sie setzen die Beobachtung fort, halten streng den geltenden Waffenstillstand ein und befinden sich in Bereitschaft zu einer adäquaten Reaktion auf die Handlungen des Gegners.

In den letzten 24 Stunden haben wir festgestellt, dass die 53. mechanisierte Brigade der BFU in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **fünf Schützenpanzer im Bereich von privaten Häusern in Bogdanowka stationiert** haben.

Außerdem **behindert die ukrainische Seite weiter die Arbeit der internationalen Beobachter** durch die Blockade der Leitungssignale von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Marjinka, Tschermalyk, Wodjanoje, Pischtschewik und Pionerskoje durch Mittel der elektronischen Kriegsführung sowie durch Feuer mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf Drohnen der Mission.

Trotz der Erklärungen der militärisch-politischen Führung der Ukraine über den hohen Kampfgeist und die Geschlossenheit der ukrainischen bewaffneten Formationen zeugen die Tatsachen von etwas anderem.

So haben nach uns vorliegenden Informationen gestern Mitarbeiter des SBU und des militärischen Rechtsordnungsdienstes im Stab der 35. Marineinfanteriebrigade, die das Territorium in der Nähe von Gorlowka besetzt, den Leiter des technischen Dienstes des Verbandes Major Meschkowez unter dem Verdacht auf Überschreitung seiner dienstlichen Vollmachten und Korruption festgenommen.

Nach der Version der Ermittlung forderte Meschkowez von seinem Kollegen, dem Leiter des

technischen Dienstes der 58. Panzergrenadierbrigade, die zur Ablösung der Marineinfanteristen in Richtung Gorlowka eingetroffen ist, Geld im Umfang von 50.000 Griwna für die Übergabe vollständiger Informationen und aller Karten von Minenfeldern im Verantwortungsbereich der Brigade. Meschkowez drohte, andernfalls so wichtige Dokumente zu vernichten.

Es ist wichtig anzumerken, dass bei der Durchsuchung des Büros und des Wohnquartiers in den persönlichen Dingen Meschkowezs in ein Zellophanpäckchen eingepacktes Geld in einer Gesamtsumme von mehr als einer Million Griwna gefunden wurde. Dessen Herkunft konnte Meschkowez nicht erklären. Die Ermittler meinen, dass der Offizier dieses Geld für die freie Nutzung von Technik zur Ausführung von Arbeiten in nahe gelegenen Landwirtschaftsbetrieben erhalten hat.

Über analoge Misshelligkeiten zwischen ukrainischen Kämpfern und die ständige Suche des kommandierenden Personals nach Mitteln zur persönlichen Bereicherung erzählte auch der freiwillig auf unsere Seite übergegangene Soldat der 1. Panzerbrigade der BFU Anatolij Taranenko, und er unterstrich, dass dieser Sachverhalt auch eine der Gründe war, die ihn zu seiner Entscheidung bewegten.

Zuvor tat Taranenko Dienst in der 30. und der 72. mechanisierten Brigade, wo sich nicht mehr als 60% der Panzertechnik in gefechtsbereitem Zustand befanden. Als er aber zum Dienst in die 1. Panzerbrigade kam, erwies es sich, dass die Lage der Dinge dort noch schlechter ist. Nach seinen Worten sind derzeit in der Brigade nicht mehr als 40% der Technik in Ordnung und die einzige Methode, um diese bei der Rotation in die OOS-Zone zu bringen, war sie auf Schleppern oder Eisenbahnwagen zu transportieren.

Nur einzelne können selbständig fahren. Dabei werden nach den Worten Anatolijs Ersatzteile und Zubehör für die Reparatur in die Lager des Verbandes geliefert, aber ein Teil von ihnen wird gestohlen und die übrigen kann man im Lage nur dann erhalten, wenn ein Drittel des Wertes des Ersatzteils an den Leiter des Lagers zahlt. So muss die Technik praktisch vollständig auf eigene Kosten repariert werden.

snanews.de: **294 Haftbefehle: Türkei geht gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger vor**
Behörden in der Türkei sind in weiten Landesteilen gegen mutmaßliche Anhänger des in den USA lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen vorgegangen. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu ordnete die Istanbul Oberstaatsanwaltschaft die Festnahme für 294 Verdächtige an.

Es handele sich größtenteils um Soldaten. Die türkische Regierung macht Gülen und seine Anhänger für den Putschversuch von 2016 verantwortlich. In der Türkei gilt die Bewegung als Terrororganisation.

Spezialeinheiten hätten in 42 Provinzen des Landes Durchsuchungen durchgeführt und dabei einige der Verdächtigen gefasst, berichtete Anadolu, ohne eine genaue Zahl zu nennen. 292 der Verdächtigen seien aktive oder ehemalige Soldaten, denen Verbindungen zu Gülen im Zusammenhang mit dem Putschversuch unterstellt würden. Zwei weiteren Verdächtigen werde die Unterstützung der Bewegung vorgeworfen.

In der Türkei gibt es regelmäßig Razzien gegen mutmaßliche Anhänger des Predigers, die die Regierung damit begründet, dass Gülen und seine Anhänger den Staat unterwandert hätten. Gülen – ein einstiger Verbündeter von Präsident Recep Tayyip Erdogan – bestreitet die Vorwürfe.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/02/02/761973_0:287:3071:2014_1440x0_80_0_0_32391410_6f4ec1a9bf78aba2452f15e6.jpg

snnews.de: **Prozess gegen Nawalny: Gemeinsames Erscheinen westlicher Diplomaten ist politische Aktion – Moskau**

Russlands Außenamtssprecherin Maria Sacharowa hat die Ankunft von mehr als einem Dutzend westlicher Diplomaten im Gerichtssaal zur Beobachtung des Prozesses gegen den Blogger Alexej Nawalny, der kein Staatsbürger ihres Landes ist, als politische Aktion bezeichnet.

Das Moskauer Stadtgericht entscheidet am heutigen Dienstag, ob die Bewährungsstrafe gegen Nawalny in Gefängnishaft umgewandelt wird.

Laut Sacharowa ist es „keine Norm“, dass ausländische Diplomaten beim Prozess gegen eine Person, die kein Staatsbürger ihres Landes ist, anwesend sind. Die Präsenz ausländischer Diplomaten sei üblich, wenn ein Bürger ihres Landes oder internationale Terroristen vor Gericht stehen, beispielsweise Menschen, die in Drittländern Verbrechen begangen haben. Dabei räumte sie ein, dass zum Beispiel die USA in vielen Fällen russischen Diplomaten die Anwesenheit vor Gericht verweigern würden, wenn nicht Amerikaner, sondern Russen vor Gericht stünden.

„Wenn aber Diplomaten, dazu noch gemeinsam, bei einer Gerichtsverhandlung im Fall nicht ihrer Bürger anwesend sind, handle es sich um eine politische Aktion“, schrieb Sacharowa auf Facebook.

Hier gehe es nicht nur um eine Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Staates.

„Das ist eine Selbstentlarvung der unansehnlichen und illegalen Rolle des kollektiven Westens bei seinen Versuchen, Russland einzudämmen“, schrieb Sacharowa.

„Oder handelt es sich hier um einen Versuch, psychologischen Druck auf die Richterin auszuüben?“, schrieb sie weiter.

Etwa 20 Mitarbeiter von Botschaften unterschiedlicher Länder, darunter Vertreter der USA, Großbritannien, Deutschlands, der Schweiz, der Niederlande, Schwedens, Österreichs, Tschechiens, Lettlands, Litauens, Polens, Kanadas und Norwegens beobachten den Prozess gegen Nawalny. Polen und die Schweiz schickten sogar je zwei Vertreter.

Der Kreml hat bereits die Ankunft der Diplomaten im Gericht kritisiert und vor Druck auf das **Hintergrund**

Der kremlkritische Blogger Alexej Nawalny wurde nach seiner Rückkehr aus Deutschland festgenommen und von einem Gericht zu 30 Tagen Haft verurteilt. Der 44-Jährige habe gegen Meldeauflagen nach einem früheren Strafprozess verstoßen, hieß es.

Nawalny ist in Russland in zwei Fällen wegen Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro zu jeweils fünf Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Im Dezember wurde er

zur Fahndung ausgeschrieben, weil er laut der russischen Strafvollzugsbehörde mehrfach gegen Bewährungsauflagen verstoßen hat. Dabei beruft sich die Behörde auf den Beitrag in der Fachzeitschrift „The Lancet“ vom 22. Dezember, laut dem Nawalny seit dem 12. Oktober als gesund galt.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/02/762329_0:0:1144:645_1440x0_80_0_0_866c4c6b60f0b792ebe528a747e289d1.jpg

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationieren die BFU weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium .

Im Verantwortungsbereich der 80. Luftsturmbrigade wurde die Stationierung von drei Schützenpanzerwagen in der Nähe von Staniza Luganskaja bemerkt.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachten beständig den Gegner, halten streng den geltenden Waffenstillstand ein und sind bereit, auf Befehl des Kommandos operativ auf Änderungen der Lage zu reagieren. ...

Kämpfer der 92. Brigade terrorisieren weiter friedliche Einwohner des Lugansker Landes. Sie dringen rechtswidrig auf privates Territorium ein, sie brechen in Wohnhäuser ein, stehlen, transportieren Wertsachen und sogar Lebensmittel ab, obwohl in vielen Häusern alte Menschen leben. So hat sich der Bürger Demjan Sawwin am 28. Januar an die Polizeiwache in Solotoje mit einer Anzeige gegen Soldaten des 3. Bataillons der 92. Brigade gewandt. Gemäß den Aussagen des Geschädigten haben drei Soldaten begonnen Haushaltsgebäude auseinanderzunehmen. Auf seine Versuche, die rechtswidrigen Aktivitäten zu stoppen drohten die Kämpfer mit der Waffe und der Androhung physischer Gewalt und bezogen sich auf eine persönliche Genehmigung des Brigadekommandeurs Fedossenko. Während der Plünderungen der ukrainischen Kämpfer wurden drei Wirtschaftsgebäude auseinandergenommen, eine Tonne und Kohle und zwei Kilometer Stromleitung gestohlen, in der Folge bracht die Stromversorgung der Ignatjew-Straße zusammen.

Bei der örtlichen Polizei sind bereits zehn Anzeigen von örtlichen Einwohnern mit Beschwerden über rechtswidrige Handlungen ukrainischer Soldaten eingegangen. ...

snaneews.de: **Aufhebung von Sanktionen gegen Nord Stream 2? USA stellen Berlin Bedingungen – Zeitung**

Die neue US-Regierung scheint zu einem Dialog über die umstrittene Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 bereit zu sein. Auf der Agenda könnte bald nach Angaben des „Handelsblatts“ das Ende der US-Sanktionen gegen das Projekt stehen.

Die Administration des neuen US-Präsidenten, Joe Biden, hat bislang noch keine Details angegeben, stellte jedoch fest, dass sie auch von der deutschen Seite einen Vorschlag erwarte. „Die Deutschen müssen eine Paketlösung auf den Tisch legen“, sagte ein in die Gespräche involvierter US-Beamter gegenüber dem „Handelsblatt“.

„Sonst wird es uns nicht gelingen, das Thema Nord Stream 2 aus dem Weg zu räumen“. Das könnte ein Zeichen sein, dass Washington den Konflikt um die Gasleitung lösen wolle. Gleichzeitig bestätigte aber der Beamte, dass die Aufrechterhaltung der Gaslieferungen durch die Ukraine und die Verringerung der Abhängigkeit Europas von russischem Erdgas weiterhin Priorität hätten.

Die deutsche Seite hat ihrerseits zurzeit weder einen Vorschlag unterbreitet noch mögliche Zugeständnisse verkündet, die den Start der Verhandlungen fördern könnten:

„Die Gesprächsbereitschaft der USA zu Nord Stream 2 ist zu begrüßen. Aber die Entscheidungen über die Energiepolitik Deutschlands dürfen nicht in den USA, sondern nur in Deutschland fallen. Dass Washington jetzt weitere Gegenleistungen fordert, damit es das Projekt akzeptiert, ist angesichts der von der Bundesregierung bereits getroffenen Maßnahmen inakzeptabel“, sagte am Montag Klaus Ernst, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag.

„Den jetzt von den USA ins Spiel gebrachten Cut-off-Mechanismus, der die Gaszufuhr aus Russland unter bestimmten Bedingungen unterbräche, lehne ich entschieden ab. Er könnte dazu führen, dass den Europäern kein Gas geliefert wird, wenn die Ukraine ihre Gasrechnung an Moskau nicht bezahlt, was in der Vergangenheit schon vorgekommen ist. Wir dürfen unsere Energielieferungen nicht von der Zahlungsfähigkeit der Ukraine abhängig machen. Insofern begrüße ich Pressemeldungen, wonach die Bundesregierung wenig Spielraum für weiteres Entgegenkommen sieht“, so Ernst weiter.

Nord Stream 2

Die Pipeline zwischen Russland und Deutschland ist fast fertig, es fehlen nur noch wenige Kilometer in dänischen und deutschen Gewässern. Die USA wollen die Vollendung der Pipeline mit Sanktionen verhindern, auch einige osteuropäische Staaten kritisieren den Bau. Sie argumentieren, dass die Gasleitung Europa in eine zu große Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen bringe. Befürworter der Pipeline werfen den USA vor, nur ihr Flüssiggas besser verkaufen zu wollen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/0b/468540_0:256:3107:2003_1440x0_80_0_0_ac36f9f601bd8cc0c99b38f62191f32a.jpg

abends:

snanews.de: **Nawalny zu 3,5 Jahren Gefängnis verurteilt – Haftdauer aber wegen früheren Hausarrests reduziert**

Der Kremlkritiker Alexej Nawalny ist am heutigen Dienstag im Simonowski Gericht in Moskau zu 3,5 Jahren Haft verurteilt worden. Die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, wurde somit in eine Haftstrafe umgewandelt.

Die Richterin erklärte aber, dass die Zeit, die Nawalny in Hausarrest verbracht hatte, berücksichtigt werde. Somit wird Nawalny – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert - etwa 2,5 Jahre im Gefängnis absitzen müssen.

Der russische Strafvollzug hatte zuvor gefordert, die Bewährungsstrafe gegen Nawalny aus dem Verfahren von 2014 in Gefängnishaft umwandeln zu lassen. Der Vorwurf lautet, Nawalny habe mehrfach gegen seine Meldeauflagen verstoßen. Zudem forderte der Strafvollzug Medienberichten zufolge eine Geldstrafe von 500.000 Rubel (umgerechnet etwa 5400 Euro) gegen den Kremlkritiker.

Nawalnys Anwalt verwies seinerseits darauf, dass sein Mandant rechtswidrig zur Fahndung ausgeschrieben worden sei: Er habe sich nie vor den Behörden versteckt, sein Aufenthaltsort sei dem Strafvollzug immer bekannt gewesen.

In dem Gerichtsgebäude befinden sich laut Medienberichten derzeit 20 Mitarbeiter von Botschaften unterschiedlicher Länder. Das russische Außenministerium hat dies bereits als äußere Einmischung kritisiert.

Verteidiger wollen Haftstrafe anfechten

Die Anwälte von Nawalny wollen die Haftstrafe anfechten. „Natürlich werden wir Berufung einlegen“, so die Anwältin Olga Michailowa.

Zudem wolle sie sich an den Europarat wenden, sollte eine frühere Entscheidung des Europäischen Gerichtshof nicht befolgt werden. Die Richter in Straßburg hatten das Urteil von 2014 als willkürlich eingestuft und Nawalny Schadenersatz zugesprochen, den Russland gezahlt hatte.

Hintergrund

2014 war Nawalny zu drei Jahren und sechs Monaten Haft und einer Strafe von 500.000 Rubel wegen Betrugshandlungen und Legalisierung von kriminell erworbenen Geldmitteln (im Fall „Yves Rocher“) verurteilt worden.

Das Gericht entschied, die Haftstrafe in eine fünfjährige Bewährungsstrafe umzuwandeln. Später verlängerte das Gericht diese Strafe um ein weiteres Jahr. Nawalny musste dabei zweimal pro Monat an bestimmten Tagen bei der Strafvollzugsinspektion erscheinen.

Für die Zeit seiner medizinischen Behandlung in Deutschland wurde diese Pflicht aufgehoben. Im Oktober 2020 wurde bekannt, dass der Patient am 23. September aus der Klinik entlassen worden war. Nawalny gab laut der Behörde keine objektiven Gründe für sein Fernbleiben bei der Inspektion an. Ende Dezember schrieb die Behörde den russischen Blogger daher zur Fahndung aus.

Behandlung in Deutschland

Alexej Nawalny war am 20. August auf einem Inlandsflug (Tomsk – Moskau) zusammengebrochen. Er wurde zunächst in einem Omsker Krankenhaus behandelt und dort in ein künstliches Koma versetzt.

Der 44-Jährige wurde später auf Drängen seiner Familie in die Berliner Universitätsklinik Charité verlegt. Anfang September wurde Nawalny aus dem Koma geholt und bereits am 23. September aus der Berliner Charité entlassen.

Die Bundesregierung sprach bereits am 2. September von einer Vergiftung Nawalnys mit einem Nervenkampfstoff der „Nowitschok“-Reihe, nachdem Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr die Belege dafür geliefert hätten.

Laut dem Omsker Krankenhaus wurden in Nawalnys Blut und Urin kein Gift oder Spuren davon entdeckt, als vorläufige Diagnose wurde eine Stoffwechselstörung angegeben, die ein drastisches Absinken des Blutzuckerspiegels verursacht haben soll.

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) teilte im Oktober mit, dass in den Blut- und Urinproben des russischen Bloggers und Kreml-Kritikers Alexej Nawalny Giftspuren festgestellt worden seien, welche auf einen der Nowitschok-Gruppe ähnlichen Nervenkampfstoff schließen ließen. Dieser soll jedoch nicht in der Chemiewaffenkonvention gelistet sein.

Russland hat Deutschland sowie andere westliche Partner und die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) bereits mehrmals zur Kooperation im Fall Nawalny aufgefordert, doch weder Berlin noch Paris stellen Moskau die erforderlichen Daten zur Verfügung und antworten nicht auf russische Rechtshilfesuche.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/02/762065_0:0:1146:644_1440x0_80_0_0_5b5519fdf6b0d75c7efc6150aff4ab1e.jpg

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die Ukraine demonstriert weiter ihr fehlendes Interesse an einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass und versucht mit allen Mitteln die diplomatischen Verhandlungen durch fälschliche Beschuldigungen unserer Republik bezüglich der Verletzung der geltenden Vereinbarungen zum Scheitern zu bringen.

So haben heute Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade vom ersten Punkte des Komplexes von Zusatzmaßnahmen verbotene Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung ihrer Feuerpositionen im Gebiet von Schumy durchgeführt.

Nach Angaben unserer Aufklärung ereignete sich bei der Entminung der Örtlichkeit zur Ausrüstung neuer Schützengräben die Detonation einer unbekanntes Sprengeinrichtung, dabei wurde ein ukrainischer Kämpfer verletzt, dem die Militärärzte nicht rechtzeitig Hilfe leisten konnten und der deshalb später starb.

Aber die ukrainische Seite in der Kontaktgruppe, die beschlossen hatten den Tod ihres Soldaten, der in der Folge der Nachlässigkeit ihrer Kommandeure gestorben war, zu propagandistischen Zwecken zu nutzen und beschuldigte fälschlich unsere Verteidiger dessen, wobei sie nicht einmal die Zeit fanden, die Art der Verletzungen zu ermitteln, die tatsächlich Splitterverletzungen sind, und beschuldigte die Volksmiliz der DVR des Scharfschützenfeuers und des Mordes an der Marineinfanteristen.

Nachdem sie „erfolgreich“ diese verlogenen und unbewiesenen Beschuldigungen eingesetzt hatten, entzogen sich die Vertreter der Ukraine in der Kontaktgruppe ein weiteres Mal bei der Verhandlungsetappe im Minsker Format der Erörterung der Fragen der Sicherheit.

Es ist wichtig anzumerken, dass wir noch gestern davor gewarnt hatten, dass die Ukraine Provokationen durch inszenierten Selbstbeschuss und Fakereportagen angefütterten Journalisten vorbereitet. Aber diese Pläne wurden rechtzeitig von uns aufgedeckt, was die

ukrainischen Propagandisten zwang, uns des heutigen nicht kampfbedingten Verlustes unter den Kämpfer der 35. Brigade zu beschuldigen.

Daneben hat der Gegner heute in zwei Gebieten Feuerprovokationen begangen und Versucht eine Erwidern des Feuers hervorzurufen.

So hat der Feind auf das Gebiet von Sosnowskoje drei 120mm-Mörsergeschosse abgefeuert, auf das Gebiet von Jelenowka wurde mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen geschossen. Nach unseren Informationen befanden sich während der genannten Feuerprovokationen nicht weit von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Taramtschuk und Slawnoje Vertreter ukrainischen Massenmedien, die das Geschehen auf Video aufzeichneten.

Wir rufen die Weltgemeinschaft und die internationalen Beobachter auf, die Fälle weiterer Lügenmärchen ukrainischen Politiker und Militärs zu registrieren, die versuchen auf jede Weise den Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zum Scheitern zu bringen und die Verantwortung für ihre politische Prinzipienlosigkeit und Unfähigkeit, die Minsker Vereinbarungen umzusetzen, auf uns zu schieben.

snanews.de: **Vertrag steht: Mexiko bekommt russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“**

Auch Mexiko will nun den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ erwerben. Einen entsprechenden Vertrag hat der mexikanische Gesundheitsminister, Jorge Alcoser, unterzeichnet.

„Gestern hat Gesundheitsminister Jorge Alcoser einen Vertrag (über die Lieferung) des Sputnik V-Impfstoffs unterzeichnet“, sagte der stellvertretende Gesundheitsminister Hugo Lopez-Gatel in einer Pressekonferenz im Nationalpalast, die auf der YouTube-Seite der Regierung übertragen wurde.

Nach einem Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 25. Januar dankte ihm der mexikanische Chef für die Entscheidung, eine Charge Impfstoff zu senden, und bezeichnete seine Schaffung als Durchbruch in der russischen Wissenschaft.

Das russische Gesundheitsministerium hatte im August den weltweit ersten Impfstoff zur Prävention der Covid-19-Erkrankung registriert, der vom Gamaleja-Institut in Zusammenarbeit mit dem RDIF entwickelt worden war. Der Impfstoff besteht aus zwei Komponenten, die in dreiwöchigem Abstand verabreicht werden.

Die klinischen Tests des Serums gegen Sars-CoV-2 hatten am 7. September in Moskau begonnen. Die Wirksamkeit von Sputnik V belief sich nach der zweiten

Zwischendatenanalyse am 28. Tag nach Verabreichung der ersten Immunisierung an Freiwilligen auf 91,4 Prozent. 42 Tage nach der ersten Dosis des Impfstoffs betrug die Wirksamkeit mehr als 95 Prozent.

Sputnik V ist inzwischen in Serbien, Weißrussland, Kasachstan, Bolivien, Argentinien, Guinea, Brasilien, Venezuela, Algerien und Palästina offiziell zugelassen und im Einsatz. Weltweit sind bereits 1,5 Millionen Menschen mit Sputnik V geimpft worden. In mehreren Dutzend Ländern sind Zulassungen beantragt. Mehr als 50 Länder haben bereits „Sputnik V“-Dosen in Russland bestellt.

snanews.de: **„Herber Schlag gegen Freiheitsrechte“: Maas fordert unverzügliche Freilassung Nawalnys**

Bundesaußenminister Heiko Maas hat das Vorgehen der russischen Justiz mit scharfen Worten verurteilt und Russland zur Freilassung des zu dreieinhalb Jahren Haft in einem Straflager verurteilten Kremlgegners Alexej Nawalny aufgefordert.

„Das Urteil gegen Alexej Nawalny ist ein herber Schlag gegen fest verbriefte Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit in Russland“, schrieb Maas auf Twitter. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe das Verfahren bereits 2017 als willkürlich kritisiert. „Alexej

Nawalny muss unverzüglich freigelassen werden“, forderte der Bundesaußenminister weiter. Zuvor hatte das Simonowski Gericht in Moskau Nawalny zu 3,5 Jahren Haft verurteilt. Damit wurde die Bewährungsstrafe aus dem Verfahren von 2014, bei dem es um Unterschlagung von insgesamt rund 500.000 Euro ging, in eine Haftstrafe umgewandelt. Da die Zeit, die Nawalny in Hausarrest verbracht hatte, berücksichtigt wird, wird Nawalny – falls seine Verteidigung mit einer Berufung scheitert – ungefähr 2,5 Jahre im Gefängnis absitzen müssen. Der russische Strafvollzug hatte zuvor gefordert, die Bewährungsstrafe gegen Nawalny aus dem Verfahren von 2014 in Gefängnishaft umwandeln zu lassen. Der Vorwurf lautet, Nawalny habe mehrfach gegen seine Meldeauflagen verstoßen. Zudem forderte der Strafvollzug Medienberichten zufolge eine Geldstrafe von 500.000 Rubel (umgerechnet etwa 5400 Euro) gegen den Kremlkritiker. Nawalyns Anwalt verwies seinerseits darauf, dass sein Mandant rechtswidrig zur Fahndung ausgeschrieben worden sei: Er habe sich nie vor den Behörden versteckt, sein Aufenthaltsort sei dem Strafvollzug immer bekannt gewesen. „Ich war in Deutschland in Behandlung“, sagte Nawalny im Gerichtssaal.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/01/11/549423_0:270:3162:2048_1440x0_80_0_0_6efaff85fbb030b744c7ba2fefda1ab9.jpg

de.rt.com: **Moskau: EU sollte Beziehung zu Russland nicht an Fall Nawalny knüpfen**

Der Sprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow warnt die EU davor, ihre Beziehungen mit Russland an den juristischen Fall des russischen Oppositionsaktivisten Alexei Nawalny zu knüpfen. Moskau wolle die Beziehungen zur EU wieder normalisieren. Der Sprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, hat am Dienstag auf einer Pressekonferenz erklärt, die russische Regierung erwarte von der Europäischen Union, dass diese die Zukunft ihrer Beziehungen zu Russland nicht mit dem Fall des russischen Oppositionsaktivisten Alexei Nawalny verknüpft, wie die russische Nachrichtenagentur TASS berichtete. Mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des EU-Spitzendiplomaten Josep Borrell in Russland sagte er:

"Wir hoffen, dass die Zukunft der Beziehungen zwischen Russland und der EU nicht mit dem Fall des Untersuchungshäftlings verknüpft wird, was eine Dummheit wäre."

Der Kremlsprecher wies darauf hin, dass sich die russischen Behörden auf das Treffen mit dem EU-Spitzendiplomaten freuen, "weil die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union ohne Grund ausgesetzt sind". Moskau wolle, dass sich die Beziehungen wieder normalisieren und im Interesse sowohl der EU-Länder als auch Russlands voranschreiten, sagte Peskow und fügte hinzu: "Wir sind bereit, alles dafür zu tun."

Die Entscheidung, ob ein Treffen zwischen Borrell und Nawalny möglich sei, treffe das Gericht und nicht die russische Regierung, beantwortete Peskow die Frage, ob Moskau glaube, dass Borrells Wunsch, sich mit Nawalny zu treffen, zustande kommen könne oder

nicht.

"Es ist nicht unser Vorrecht. Wir treffen solche Entscheidungen nicht. Diese Entscheidungen werden von Ermittlern und Richtern getroffen, in verschiedenen Situationen unterschiedlich." Der Sprecher des russischen Präsidenten betonte, dass alle Anfragen dieser Art vom Außenministerium an Gerichte und Ermittlungsbehörden weitergeleitet werden. Gleichzeitig sagte er, dass er praktisch keinen Grund für einen Besuch Borrells bei Nawalny sieht. Er führte aus:

"Sie sind nicht verwandt, sie kennen sich nicht, sie sind niemand (füreinander)."

Borrell wird Moskau vom 4. bis zum 6. Februar einen Besuch abstatten. Der Chefdiplomat plant ein Treffen mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow, um die bilateralen Beziehungen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie, das iranische Atomabkommen, den Konflikt in der Ukraine sowie die Verhaftung Nawalyns zu besprechen.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.02/article/60196d8eb480cc7bd118afdc.jpg>

de.rt.com: US-Analysten: Russland-NATO-Krieg könnte durch Invasion Polens in Kaliningrad gewonnen werden

Ein umfassender Krieg zwischen Russland und dem Westen würde durch blutige Kämpfe in der Ostsee-Exklave Kaliningrad entschieden werden, meinen US-Analysten. In einer Analyse geben sie einen seltenen Einblick, wie ein neuer Weltkrieg ablaufen könnte.

Die Militärzeitschrift *Overt Defense* veröffentlichte Ende Januar einen Artikel, in dem beschrieben wird, wie Russlands westlichste Provinz, in der eine halbe Million Menschen lebt, zum Schauplatz eines erbitterten Kräftemessens werden würde, wenn das Land mit den westlichen Nationen in Konflikt gerät. Es wird darauf hingewiesen, dass Moskau Zehntausende von Soldaten sowie Bataillone von Iskander-Kurzstreckenraketen in der Region stationiert, die in der Lage sind, nukleare Nutzlasten auf Städte in Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik abzufeuern.

Im Jahr 2018, als Russland die Fußball-Weltmeisterschaft ausrichtete, warnte ein US-Überwachungsbeauftragter vor den nuklearen Fähigkeiten des Landes in Kaliningrad, einer der Gastgeberstädte des Turniers. Die Federation of American Scientists veröffentlichte Satellitenfotos, die ihrer Meinung nach erweiterte Kapazitäten in einem verstärkten Bunker zeigten, den sie als Lagerort für Sprengköpfe vermutete. Ein Sprecher der Organisation erklärte:

"Es ist ein Standort, den wir seit geraumer Zeit beobachten, und es gab in der Vergangenheit einige Erweiterungen, aber nichts so Dramatisches wie diese. Dies ist das erste Mal, dass wir einen der Atombunker entdeckten, der ausgegraben und offenbar renoviert wurde."

Laut dem Weltuntergangsszenario-Plan für einen eskalierten Krieg müsste das NATO-Mitglied Polen in die Bresche springen, und das schnell genug, um einen nuklearen Schlagabtausch zu verhindern, so die Overt-Defense-Studie. Demnach müssten die 45.000 aktiven Soldaten der polnischen Armee die 50.000 Mann starke Kaliningrader Garnison überwinden und die Kontrolle über die Anlagen übernehmen, bevor die russischen Verteidiger den großen roten Knopf drücken könnten.

Während es in der Praxis zahlreiche Hindernisse für diesen Plan gäbe, wird in dem Artikel eines als das bedeutendste hervorgehoben. Russlands S-400-Luftabwehrsystem wird als eines der fortschrittlichsten der Welt gepriesen und stellt angeblich eine Bedrohung für NATO-Kampfflugzeuge dar. Deswegen versuchte Washington sogar, Mitglieder des Militärblocks wie die Türkei daran zu hindern, es von Moskau zu kaufen, und drohte mit Sanktionen. Ohne Lufthoheit sei es schwer vorstellbar, wie Polen in einem bodengestützten Blitzkrieg siegen könnte.

Die Bewohner von Kaliningrad werden jedoch nicht lange ruhig schlafen können, denn "die polnische Luftwaffe arbeite an einer Lösung gegen" die Hightech-Luftabwehrwaffe, so die Analyse von Overt Defense. Während keine Details über das geheimnisvolle Projekt genannt werden, räumen die Autoren ein, dass "es eine Weile dauern wird, es einzuführen".

Der Artikel beschreibt die Wahrscheinlichkeit, dass Polen in der Lage sein werde, seine Kräfte schnell genug für einen Präventivschlag zu mobilisieren, als "optimistisch, aber möglich". Die Autoren behaupten, dass "Schnelligkeit und Überraschung essenziell wären", da "die Position der polnischen Streitkräfte von Beginn an keine einfache ist".

Während das Szenario die russischen Generäle wohl kaum in kalten Schweiß ausbrechen lassen wird, gab es allenfalls einen Präzedenzfall in der Geschichte. Auf dem Höhepunkt seiner Macht war das kolossale Polen-Litauen, das sich von Lettland bis zur heutigen Ukraine erstreckte, eine der wenigen Staaten in der Geschichte, die Moskau jemals erfolgreich in einer Landinvasion erobern konnten. Im Jahr 1610 waren seine Truppen in die russische Hauptstadt eingedrungen und hatten den Kreml besetzt, den sie ein Jahr lang gehalten hatten, bevor sie von ihren Gegnern ausgehungert wurden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.02/article/6019479948fbef6835360dea.JPG>